



## Niederschrift

Nr. 35a

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates der VRR AöR am  
Montag, den 26.01.2026, 10:00 Uhr, VRR AöR, Augustastr. 1, 45879  
Gelsenkirchen, Raum V05/V06

---

### **Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)**

#### **Vorsitzender**

Herr Uwe Schneidewind

#### **CDU ordentliche Mitglieder**

Herr Frank Berger, Herr Ulrich Beul, Herr Guido Görtz, Frau Alexandra Gräber, Herr Dirk Hartleif, Herr Andreas Hartnigk, Herr Frank Heidenreich, Herr Jörg Jedfeld, Herr Johannes Kraft, Herr Olaf Lehne, MdL, Herr Denis Osmani, Herr Hans-Jürgen Petruschke, Herr Dirk Schmidt-Waerdt

#### **SPD plus ordentliche Mitglieder**

Herr Axel Barton, Herr Detlef Ehlert, Herr Rüdiger Lehr, Herr Dirk Pläßmann, Herr Reiner Rogall, Herr Norbert Schilff, Herr Martin Volkenrath

#### **Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder**

Herr Norbert Czerwinski, Herr Matthias Dudde, Herr Rolf Fliß, Frau Martina Foltys-Banning, Frau Martina Herrmann, Herr Jochen Kral

#### **Unternehmensvertreter ordentliche Mitglieder**

Herr Karsten Krüger

#### **CDU stellvertretende Mitglieder**

Herr Frederik Engeln, Herr Thomas Kracke, Herr Joachim Roeske, Herr Friedhelm Stevens, Herr Tim Woljeme

#### **SPD plus stellvertretende Mitglieder**

Herr Volker Dittgen, Herr Horst Fischer, Herr Arif Izgi, Herr Heinz Ritters

#### **Bündnis 90/Die Grünen stellvertretende Mitglieder**

Herr Frank vom Scheidt

**Unternehmensvertreter stellvertretende Mitglieder**

Herr Guido Stilling

**Berater/Gäste**

Herr Jens Betz, Herr Christian Drelmann, Herr Lothar Ebbers, Herr Jürgen Eichel

**Vorstand VRR AöR**

Herr Oliver Wittke

**Verwaltung**

Herr Dr. Dieter Bayer, Herr Ulrich Haller, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Herr Rolf Ommen,  
Herr Georg Seifert, Herr Vinko Telenta

**Schriftführer/stellv. Schriftführer**

Frau Manuela Stanik

**Tagesordnung**

**Drucksache-Nr.:**

1. Form und Frist der Ladung
2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Feststellung von Ausschließungsgründen
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.12.2025
5. Allgemeine Vorschrift zum Deutschlandticket – Ergänzung Übergangslösung DT-Auszubildende O/X/2026/1034
6. Aktueller Stand SPNV-Strukturreform - mündlicher Bericht
7. Anfragen und Mitteilungen

**Herr Schneidewind** eröffnet die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates und begrüßt die Anwesenden. Er gratuliert nachträglich allen Mitgliedern, die in den vergangenen 14 Tagen Geburtstag hatten.

1. **Form und Frist der Ladung**

---

**Herr Schneidewind** stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Verwaltungsrates fest.

2. **Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates wird festgestellt. Die Tagesordnung wird genehmigt.

3. **Feststellung von Ausschließungsgründen**

---

Es liegen keine Ausschließungsgründe vor.

4. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.12.2025**

---

Der Verwaltungsrat der VRR AöR genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.12.2025.

5. **Allgemeine Vorschrift zum Deutschlandticket – Ergänzung  
Übergangslösung DT-Auszubildende  
Vorlage: O/X/2026/1034**

---

**Herr Czerwinski** hebt hervor, dass die VRR-Verwaltung konstruktiv gehandelt und eine tragfähige Zwischenlösung entwickelt hat. Im Vergleich zu anderen Verbänden bewertet er das Vorgehen als guten und zukunftsweisenden Schritt, um die weiteren vertraglichen Regelungen auf den Weg zu bringen. Hierfür dankt er der Verwaltung im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN.

Auch **Herr Heidenreich** spricht der VRR-Verwaltung seinen ausdrücklichen Dank im Namen der CDU-Fraktion aus. Das Deutschlandticket auch Azubis als Solidarmodell zu ermöglichen ist stets auch ein zentrales Anliegen der CDU gewesen, um eine weitere Finanzierungssäule des ÖPNV/SPNV zu haben. Die gefundene Übergangslösung wird als sinnvoller und notwendiger Schritt bewertet, um den Weg in die tarifliche Umsetzung zu ebnen. Auch wenn andere Tarifparteien aufgrund ihrer Unternehmensstruktur möglicherweise einfachere Voraussetzungen haben, stellt die nun beschlossene Lösung eine wichtige Brücke in die richtige Richtung dar. **Herr Heidenreich** dankt auch allen Gremienmitgliedern für die Bereitschaft diesen gemeinsamen Schritt noch in der aktuellen Gremienbesetzung zu beschließen und bedankt sich für die Zusammenarbeit.

Im Anschluss an die Wortmeldungen stellt **Herr Schneidewind** den TOP zur Abstimmung.

Der Verwaltungsrat der VRR AöR stimmt einstimmig der Anpassung der „Richtlinie der Verkehrsverbund Rhein Ruhr-AöR über die Festsetzung des DeutschlandTickets im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) als Höchsttarif (DeutschlandTicket-Richtlinie – DT-RL-) vom 10. Dezember 2025“ in Form einer allgemeinen Vorschrift gem. der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 gemäß der Anlage (siehe Nummer 7.5; Seite 7) zur Drucksache zu.

## **6. Aktueller Stand SPNV-Strukturreform - mündlicher Bericht**

**Herr Wittke** berichtet, dass am vorletzten Freitag eine Klausurtagung der drei Aufgabenträger stattgefunden hat. Seitens des VRR haben Herr Dr. Bayer, Herr Telenta, Herr Seifert und Herr Wittke selbst teilgenommen. Im Rahmen dieser Tagung wurde ein ambitionierter Zeitplan vereinbart. Ziel ist es, Satzung und Geschäftsordnung nicht erst bis zum Jahresende, sondern bereits bis zur Jahresmitte fertigzustellen. Hintergrund ist insbesondere der umfangreiche Gremienlauf. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die entsprechenden Vorlagen in 19 kommunalen Gebietskörperschaften beraten und beschlossen werden müssen. Zur inhaltlichen Ausarbeitung wurden sechs

Arbeitsgruppen eingerichtet, darunter vier Hauptarbeitsgruppen zu den Themen Schienenverkehr (künftiger Kern von „Schiene.NRW“), Personal/Allgemeine Verwaltung, IT und Controlling/Wirtschaftspläne. Zwei weitere Arbeitsgruppen befassen sich mit der Erarbeitung von Satzungen und Geschäftsordnungen sowie mit Fragen der Kommunikation.

Im Bereich Kommunikation wurde vereinbart, die externe Öffentlichkeitsarbeit zunächst zurückhaltend zu gestalten und den Fokus auf eine strukturierte Binnenkommunikation zu legen. Dabei sollen sowohl die politischen Gremien in den Verbandsräumen als auch die Mitarbeitenden kontinuierlich in den Prozess eingebunden werden. Insbesondere betont **Herr Wittke**, dass eine regelmäßige Information der Fraktionen über den Fortschritt erforderlich ist. Ebenso wichtig ist die frühzeitige und transparente Einbindung der Mitarbeitenden, um Verunsicherungen zu vermeiden und die Akzeptanz des Prozesses sicherzustellen. Hierzu soll eine gemeinsame Kommunikationsplattform für die Mitarbeitenden von NWL, Rheinland und VRR eingerichtet werden, auf der Zwischenergebnisse, Zeitpläne und relevante Dokumente eingestellt werden. Auch die Besetzung der Arbeitsgruppen soll kurzfristig veröffentlicht werden. Jeder Verbundraum entsendet drei Vertreterinnen und Vertreter in die Arbeitsgruppen, um eine breite fachliche Beteiligung und Multiplikation des Prozesses sicherzustellen.

**Herr Czerwinski** weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf bereits vor Weihnachten veröffentlicht wurde und in der kommenden Woche im Plenum beraten wird. Seitens der VRR-Verwaltung und der VRR-Politik ist das Projekt parteiübergreifend konstruktiv begleitet worden. Mit Blick auf den vorliegenden Gesetzentwurf spricht **Herr Czerwinski** jedoch eine mögliche Unklarheit beziehungsweise ein Widerspruch hinsichtlich des Nahverkehrsplans an. Der im vergangenen Jahr nach vierjähriger Arbeit verabschiedete Nahverkehrsplan umfasst neben dem SPNV auch weitergehende Bereiche wie Schienenverkehre, Schnellverkehre sowie die Verknüpfung von Mobilitätsdienstleistungen, einschließlich On-Demand-Verkehren und gemeinsamer Tarifprodukte. Während das Gesetz den Verbänden grundsätzlich zu Beginn die Aufgabe der Erstellung eines Nahverkehrsplans zuweist, sieht es zugleich weiter hinten im Gesetz vor, dass der VRR keinen eigenen Nahverkehrsplan mehr erstellt. Hieraus ergibt sich die Frage nach der zukünftigen Fortgeltung und Funktionsfähigkeit des bestehenden Nahverkehrsplans.

**Herr Czerwinski** regt an, hierzu eine gemeinsame Positionierung der Fraktionen im VRR zu prüfen, um gegebenenfalls auf eine Klarstellung oder Anpassung im Gesetzgebungsverfahren hinzuwirken. Er bedauert, dass der erst kürzlich beschlossene Nahverkehrsplan andernfalls möglicherweise seine Grundlage verlieren könnte.

**Herr Heidenreich** begrüßt das Anliegen. Nach Ansicht der CDU-Fraktion muss Ziel sein, mit „Schiene.NRW“ den Nahverkehr künftig aus einem Guss zu organisieren und frühere Strukturfehler – auch mit Blick auf Erfahrungen aus anderen Bundesländern – nicht zu wiederholen. Erforderlich ist eine klare und abgestimmte Koordination des gesamten Nahverkehrs unter Einbeziehung der Zuständigkeiten von Kommunen und Kreisen sowie der künftigen Aufgaben von Schiene.NRW und der Verbände. Dabei betont er, dass eine bloße Hinwirkungspflicht auf kommunale Nahverkehrspläne nicht ausreicht. Vielmehr bedarf es einer stärkeren Abstimmung und eines gemeinsamen Verständnisses, insbesondere vor dem Hintergrund zukünftiger finanzieller Herausforderungen im ÖPNV. Verlässliche Planung ist dabei ein zentraler Baustein; der Nahverkehrsplan bildet hierfür die Grundlage.

Zugleich regt **Herr Heidenreich** an, im Zuge des weiteren Prozesses eine geeignete Koordinationsebene zu schaffen, die eine frühzeitige politische Einbindung gewährleistet – sowohl auf dem Weg zu Schiene.NRW als auch in der künftigen Aufgabenwahrnehmung des VRR. Damit soll sichergestellt werden, dass politische Vertreterinnen und Vertreter in den Kreisen und Städten informiert eingebunden sind und entsprechende Entscheidungen mittragen können. Abschließend schlägt er vor, das Thema Nahverkehrsplan kurzfristig fraktionsübergreifend zu beraten und gegebenenfalls eine gemeinsame Stellungnahme unter Einbindung der VRR-Verwaltung zu erarbeiten.

Da zwischen den Fraktionen Einigkeit über den Nahverkehrsplan besteht, regt **Herr Schilff** an die gemeinsame Haltung bereits im Protokoll der heutigen Sitzung festzuhalten. Darüber hinaus schlägt er vor, eine kurze schriftliche Stellungnahme zu formulieren und diese an die Landesregierung sowie ausgewählte Fraktionen weiterzuleiten, um die Position zu verdeutlichen.

**Herr Dr. Bayer** weist darauf hin, dass das Thema der regionalen

Nahverkehrspläne bereits prominent in einer gemeinsamen Stellungnahme von VRR und Zweckverband aufgegriffen und gegenüber dem Land deutlich positioniert wurde. Darin wurde insbesondere klargestellt, dass die mittlere Ebene weiterhin regionale Nahverkehrspläne gestalten können müsse. Zudem wurden konkrete Formulierungsvorschläge für entsprechende Gesetzesanpassungen erarbeitet und an das MUNV sowie weitere Ministerien übermittelt worden. Diese haben bislang jedoch keinen Eingang in den Gesetzentwurf gefunden. Abschließend weist **Herr Dr. Bayer** darauf hin, dass – sollte es auf Landesebene zu keiner Berücksichtigung kommen – gegebenenfalls auch über die Satzung Handlungsmöglichkeiten bestehen, um die Zuständigkeit für Nahverkehrspläne auf Zweckverbandsebene zu sichern.

**Herr Czerwinski** führt aus, dass neben der bereits erfolgten ausführlichen Stellungnahme der VRR-Verwaltung eine zusätzliche, kurze und prägnante Positionierung gegenüber dem Landtag sinnvoll erscheint. Insbesondere im Hinblick auf § 8 des Gesetzentwurfs soll in wenigen Sätzen deutlich gemacht werden, welche konkrete Änderung gewünscht ist, um das Anliegen nochmals klar und adressatengerecht zu unterstreichen.

**Herr Wittke** schlägt vor, die von Herrn Dr. Bayer genannte Formulierung – vor dem Hintergrund der erkennbaren Einigkeit im Gremium – an die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP) zu übermitteln. Dort bestehe im laufenden Gesetzgebungsverfahren noch die Möglichkeit zu Änderungen. Unabhängig davon wird der VRR das Anliegen auch im Rahmen seiner offiziellen Stellungnahme weiterhin einbringen.

**Herr Heidenreich** regt an, den Entwurf der Formulierung den Fraktionen nochmals zur Verfügung zu stellen und auf dieser Grundlage eine abgestimmte Initiative der Fraktionen zu starten. Ergänzend solle eine direkte Ansprache der jeweiligen Landtagsabgeordneten erfolgen, um dem Anliegen zusätzliche politische Durchsetzungskraft zu verleihen.

Abschließend nimmt der Verwaltungsrat den aktuellen Sachstand zur Kenntnis.

**7. Anfragen und Mitteilungen**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Herr Schneidewind** schließt die öffentliche Sitzung.

---

Uwe Schneidewind  
Vorsitzender

---

Manuela Stanik  
Schriftführerin